



Stiftungen übernehmen soziale Verantwortung. Viele bewegen sich aber in einem schwierigen Umfeld. Das Bild zeigt ein Männerwohnheim in Zürich. SIMON TANNER / NZZ

Stiftungsparadies unter Druck

Die Schweiz ist ein gutes Land für Philanthropen. Doch selbst gemeinnützige Stiftungen bekommen die niedrigen Zinsen zu spüren. Sie müssen auch transparenter werden. Von Michael Ferber

«Geben, aber nicht darüber reden» – so lautet das Motto vieler Philanthropen in der Schweiz. Ihre Diskretion und Bescheidenheit kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land ein Stiftungsparadies ist. Aufgrund ihrer politischen Stabilität, des Wohlstands und der langen humanitären Tradition entwickelt sich die Schweiz zunehmend zu einem globalen Zentrum für Philanthropie. Mit 15,8 Stiftungen auf 10 000 Einwohner hat die Schweiz eine der höchsten Stiftungsdichten in Europa. Deutschland und die USA, die ebenfalls als Stiftungsländer gelten, kommen im Vergleich nur auf 2,3 bzw. 2,6. Aufgrund des liberalen Stiftungsrechts sind viele ausländische Stifter hierhergezogen, und internationale Stiftungen haben ihren Sitz in die Schweiz verlegt. Gemeinnützige Stiftungen verwalten hierzulande ein geschätztes Vermögen von rund 70 Milliarden Franken, ihre Ausschüttungen liegen bei rund 2 Milliarden Franken jährlich.

Stiftungen erfüllen wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Zudem bietet die starke Stellung der Schweiz im Bereich Philanthropie auch Anwälten, Beratern, Vermögensverwaltungen und Banken geschäftliche Chancen. Allerdings gibt es im Sektor an einigen Stellen Handlungsbedarf.

Kitt der Gesellschaft

Stiftungen sind ein bedeutender Teil des Nonprofit-Sektors, zu dem auch Vereine, Verbände, Genossenschaften oder die Kirchen gehören. Die ältesten Stiftungen sind bereits im 13. und 14. Jahrhundert entstanden, dazu zählt etwa das Berner Inselspital. Bekannte Stiftungen in der Schweiz sind heute unter anderem die Basler Christoph-Merian-Stiftung, die Jacobs Foundation, die Ernst-Göhner-Stiftung, die Fondation Beyeler, die Avina-Stiftung, die Stiftung Mercator Schweiz oder die Gebert-Rüf-Stiftung. Hierzulande ist es sehr einfach, eine Stiftung zu gründen. Das 1912 verfasste und nur 2006 einmal abgeänderte Stiftungsrecht gilt als sehr liberal. So ist es in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Boom bei den Stiftungsgründungen gekommen, der jüngst

Die Erträge vieler kleiner Einrichtungen reichen oft kaum aus, um die Kosten für Aufsicht, Revision und die Vermögensverwaltung zu decken.

etwas abgeebbt ist. Laut den Wissenschaftlern Georg von Schnurbein und Marybel Perez sind rund 60 Prozent der heutigen über 13 000 gemeinnützigen Stiftungen in den 1990er Jahren entstanden.

Stiftungen sind behaftet mit Vorurteilen, viele nehmen sie als «Steuersparmodelle» oder «Hobbys von Reichen» wahr. Zwar sind Spenden für gemeinnützige Zwecke tatsächlich zum Teil von der Steuer befreit, doch Stifter profitieren davon nicht direkt. Bei der Wahl ihres Stiftungszwecks sind sie frei, die Zwecke sind aber zumeist an den wichtigen gesellschaftlichen Problemen ausgerichtet. Laut dem jährlich publizierten Stiftungsreport des Center for Philanthropy Studies (Ceps) an der Universität Basel, dem Zentrum für Stiftungsrecht an der Universität Zürich und dem Verband Swiss Foundations sind das Sozialwesen, Bildung und Forschung, das Gesundheitswesen sowie Kultur und Freizeit die wichtigsten Handlungsbereiche. Dabei sind Stiftungen oft in Bereichen tätig, aus denen sich politisch kein Kapital schlagen lässt oder die vernachlässigt werden. Dies entlastet den Staat. Mit Stiftungen übernehmen Bürger Verantwortung für das Gemeinwesen, de facto handelt es sich um eine selbstgewählte Umverteilung zugunsten gemeinnütziger Zwecke. Zehntausende Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, tragen ihren Teil dazu bei. Dies stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Akzeptanz der liberalen Ordnung und die Demokratie.

In die Öffentlichkeit rücken Stiftungen aber oft dann, wenn etwas schief läuft. So etwa durch den Machtkampf um die Stiftung des Winterthurer Milliardärs Bruno Stefanini. Bei der Basler Susanna-Biedermann-Stiftung ist ein Gerichtsverfahren hängig, dabei geht es um Interessenkonflikte und Beschwerdeberechtigungen. Für Schlagzeilen sorgte jüngst auch der Streit in der Tezos-Stiftung in Zug, mit der eine grosse Kryptowährungs-Finanzierungsrunde abgewickelt wurde. Dies ruft Kritiker auf den Plan, die Verbesserungen bei der Aufsicht über die Stiftungen fordern. Auch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) kam im Februar vergangenen Jahres zu einem kritischen Fazit. Neben der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht und den 19 kantonalen Auf-

sichtsbehörden würden gemeinnützige Stiftungen durch weitere rund 360 staatliche Organe beaufsichtigt, zumeist Gemeinden und teilweise Bezirke, hiess es in einem Bericht. Ob auf Ebene der Gemeinde die nötige Fachkompetenz vorhanden sei, sei fraglich.

Zweifellos sollte die Aufsicht bei Missständen kräftig zupacken, sich aber auch ein gewisses partnerschaftliches Verständnis bewahren. Wie zu hören ist, soll der Ton der Aufsicht in den vergangenen Jahren rauer geworden sein. Dies dürfte auch am zunehmenden internationalen Druck liegen. So hat etwa die von den G-7-Staaten gegründete Groupe d'Action Financière (Gafi) mitgeteilt, Nonprofit-Organisationen (NPO) seien anfällig für Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Dabei sieht sie auch Handlungsbedarf bei Schweizer NPO. In dem EFK-Bericht findet sich ebenfalls Kritik an der mangelnden Transparenz im Stiftungssektor. Dabei geht es auch um die Steuerbefreiung von Stiftungen in den Kantonen. Die Schweizerische Steuerkonferenz habe der EFK den Zugang zu Informationen bei den kantonalen Steuerbehörden verwehrt, folglich könne die EFK nicht beurteilen, inwieweit die kantonalen Steuerverwaltungen die gesetzlichen Vorgaben korrekt vollzögen, heisst es in dem Bericht. Das Aufsichtsorgan kritisierte zudem die «schlecht entwickelte Datenbasis im Stiftungswesen».

Philanthropische Investoren

Die Verbesserung der Datenlage im Gemeinnützigkeitsbereich ist auch eine Forderung der parlamentarischen Initiative des Ständerats Werner Luginbühl, die im Oktober 2017 zustande gekommen ist. Auch das Basler Ceps argumentiert, aufgrund ihrer steuerlichen Vorteile müssten Stiftungen eine gewisse Transparenz aushalten. Als mögliches Modell für die Schweiz gilt Experten das Register der Charity Commission for England and Wales. Hierzulande verheimlicht manch kleinere Stiftung fast ihre Existenz, viele Stiftungen haben nicht einmal eine Website. Dahinter mag die Angst stecken, von Besuchern überrannt zu werden. Allerdings dürfte sich die Qualität der Gesuche erhöhen, wenn sich Stiftungen der digitalen Welt anpassen.

Eine weitere Herausforderung ist die starke Zersplitterung des Schweizer Stiftungssektors. Laut Daniel Müller-Jentsch vom Think-Tank Avenir Suisse mangelt es vielen kleinen Stiftungen gerade in Zeiten niedriger Zinsen an kritischer Masse, um ihren Stiftungszweck zu erfüllen. In diesem Zusammenhang wird auch die Einführung einer Ausschüttungsquote wie in den USA diskutiert. Dort müssen gemeinnützige Stiftungen jährlich 5 Prozent ihres Vermögens für den Stiftungszweck verwenden. Die Vielfalt an Stiftungen in der Schweiz erschwert indes solche gesetzlichen Regelungen, zudem dürften sie viele Stifter abschrecken. Wie in den USA zu beobachten ist, würde eine solche Quote Stiftungen wohl in deutlich riskantere Anlagelösungen zwingen. Laut von Schnurbein dürfte es kein Zufall sein, dass viele US-Stiftungen Geld in das betrügerische Schneeballsystem des New Yorker Financiers Bernard Madoff investiert hatten, als dieses 2008 aufflog.

Bei der Konsolidierung und Professionalisierung im Schweizer Stiftungssektor könnten hingegen Dachstiftungen wie die Fondation des Fondateurs, die kleinen Stiftungen Infrastruktur zur Verfügung stellen, eine wichtige Rolle spielen. Thomas Sprecher, Partner bei der Kanzlei Niederer Kraft & Frey, geht zudem davon aus, dass in den kommenden Jahren eine vermehrte Umwandlung von Stiftungen in Verbrauchsstiftungen zu beobachten sein wird. Solche Stiftungen schütten nicht nur Erträge aus, sondern nach und nach auch das Stiftungsvermögen – folglich verschwinden sie nach einer gewissen Zeit. Die schwierige Lage bei der Vermögensanlage unterstützt diesen Trend. So stellen die ultraniedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten vor allem kleinere Stiftungen vor Probleme. Deren Erträge reichen oft kaum aus, um die Kosten für Aufsicht, Revision und die Vermögensverwaltung zu decken. Viele Stiftungen halten laut Beobachtern vor allem Obligationen und konservative Anlagefonds oder lassen das Geld auf dem Bankkonto liegen. Manche haben auch Immobilien, die ein Teil des gestifteten Vermögens sind. Einiges deutet darauf hin, dass viele Stiftungen für die Vermögensverwaltung hohe Gebühren bezahlen, da sie ihre Gelder von Private-Banking-Abteilungen und nicht in den institutionellen Abteilungen von Banken verwalten lassen.

Auch in der wohlhabenden Schweiz gibt es weiterhin Nischen, in denen philanthropischer Handlungsbedarf besteht. Angesichts der immensen Zahl an Stiftungen sollten sich angehende Stifter aber gut überlegen, ob es in ihrem anvisierten Bereich überhaupt eine weitere Stiftung braucht oder ob sie ihr Geld lieber einer bereits bestehenden Organisation zukommen lassen. Viele Stiftungen entstehen vor allem auch deswegen, weil Vermögende von Banken und Treuhändern, die sich jahrelange Mandate sichern wollen, zum Stiften ermuntert werden. Die Stiftungen von morgen könnten ohnehin anders aussehen. Jüngere potenzielle Stifter sind vom Konzept der klassischen Stiftung oft wenig beeindruckt. In angelsächsischen Ländern agieren viele Stiftungen bereits als «philanthropische Investoren»: Sie handeln zunehmend unternehmerisch und investieren in vielversprechende Geschäftsmodelle. Dieser Trend dürfte vor der Schweiz nicht haltmachen.